

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Redaktionspreis: Durch unsern Sohn
frei ins Haus monatlich 1000 Mark.
Bestellungen nehmen die Anzeiger
und die Anzeiger des Erzgebirges
entgegen. — Erhalten monatlich,
Fernsprech-Anschluss Nr. 23,
Telegraphen: Erzgebirge.

Redaktionspreis: Die Anzeiger des Erzgebirges
entgegen 1000 Mark, ansonsten
Anzeiger 1000 Mark, Fernsprech-
Anschluss 200 Mark. Bei größeren Ab-
nahmen aufserordentlich Rabatt.

Nr. 49 Dienstag, den 27. Februar 1923 18. Jahrgang

Vermittlungsgerüchte und neue Sanktionen.

Aus Amerika kommen Nachrichten, die in England mit besonderer Aufmerksamkeit, in Frankreich mit lebhafter Erregung kommentiert werden und die in Deutschland einem auf wiederholten Erfahrungen beruhenden starken Skeptizismus begegnen. Diese Meldungen gehen aus von einer Ansprache, die der amerikanische Botschafter in London anlässlich eines Besuches in Rembort dort vor englischen Pressevertretern gehalten und in der er nach Zeitungsbereichten mitgeteilt hat, daß auf Anregung des Präsidenten Harding gegenwärtig zwischen Washington und London der Plan einer amerikanischen Intervention in die europäischen Angelegenheiten besprochen werde. Dieser Plan, der von Harding selbst entworfen sei, zielt auf eine internationale Finanzkontrolle und auf deren Grundlage auf eine Regelung der deutschen Zahlungsverpflichtungen hin und setzt auf der anderen Seite einen Druck auf Frankreich zur umgehenden Liquidierung der Ruhrfrage vor.

Es ist verständlich, daß diese Meldung namentlich in Frankreich großes Aufsehen erregt und lebhaft kommentiert wird. Nicht minder verständlich ist die Zurückhaltung, mit der man hier in Deutschland begegnet. Immerhin muß man auch dieses Anzeichen als einen neuen Beweis dafür werten, daß die Auffassung von der Unmöglichkeit eines dauernden Fernbleibens der amerikanischen Politik aus den europäischen Angelegenheiten mehr und mehr wächst. Ein weiterer Beweis für diese Tatsache ist die Ansprache des Präsidenten Harding an den Senat, die den Eintritt Amerikas in den internationalen Gerichtshof anregt der durch den Vertrag von Versailles geschaffen und der Obhut des Völkerbundes unterstellt worden ist. Es wird in dieser Ansprache allerdings ausdrücklich betont, daß ein solcher Schritt Amerikas an bestimmte Voraussetzungen gebunden sei und nicht als Beitritt zum Völkerbund selbst aufgefaßt werden dürfe, aber auch diese Einschränkungen genügen den sehr einflussreichen Gegnern einer amerikanischen Intervention noch keineswegs, und das Schicksal des Harding'schen Vorschlags im Senat ist daher zum mindesten zweifelhaft. Die Stunde der amerikanischen Intervention ist noch nicht sichtbar.

Die gesteigerte Aufmerksamkeit, die man in England diesen amerikanischen Stimmungen entgegenbringt, ist zum großen Teil der Einfluß durch das wachsende Unbehagen über die französische Politik und die französischen Aktionen. Diese richten sich gerade in den letzten Tagen mehr oder weniger ausgesprochen, aber umso deutlicher sichtbar gegen England. Die am Sonntag erfolgte Befragung von Königswinter und Umburg, die dazu diente, zwischen den französischen Präsidenten eine dreier Verbindung herzustellen, bewirkt zugleich, daß die englische Besatzungszone von der französischen Okkupation nunmehr völlig umschlossen und ebenso vollständig von Deutschland getrennt wird. Der Raub des zwölfmilliarde Mark Wertes von Reichsbankgeld in Gengsteh ist ebenfalls ein Akt ausgesprochener Unfreundlichkeit gegenüber den Engländern, über den diplomatische Auseinandersetzungen bevorstehen. Ein Blick in die englische Presse zeigt deutlich die wachsende Missbilligung der öffentlichen Meinung gegen das Verhalten Frankreichs. Doch muß das deutsche Urteil sich auch hier davor hüten, an solche Symptome Hoffnungen zu knüpfen, die nicht oder doch zum mindesten noch lange nicht gerechtfertigt wären.

Einstweilen sprechen die Tatsachen eine sehr deutliche Sprache und zeigen uns, daß wir dem immer wieder gesteigerten französischen Druck und der immer maßloseren Brutalität des Zwingers ohne andere Hilfe gegenüberstehen als die Kräfte, die unser Entschluß zum Widerstand und unser Willen zum Ausdauern lebendig machen kann. Die Requisitionen haben sich zu regelrechten Plünderungen ausgewachsen, die Verhaftungen und Ausweisungen werden mit rücksichtslosster Roheit durchgeführt und vervielfachen sich von Tag zu Tag, in immer größerem Umfang werden farbige Truppen in die vergeräumten Städte und Dörfer geschickt, immer weiteres deutsches Gebiet wird widerrechtlich besetzt, bedrückt und ausgebeutet. Die französischen Kriegsverbrechen sind unaufhörlich an der Arbeit, mit ihren Schandurteilen den Brandstiftungen und Vergewaltigungen den Anstrich des „Rechts“ zu geben, und die französische Propaganda im besetzten Gebiet und draußen in der Welt überschlägt sich fast in ihren Bemühungen um Fälschung der tatsächlichen Verhältnisse und um Unterdrückung objektiver Berichte und Darstellungen.

Diesem unerhörten Druck und dieser schamlosen Tyrannie gegenüber wagt die deutsche Verteidigung noch immer eine erstaunliche Ruhe und Zurückhaltung, und sie wirkt durch die Art, wie sie ihren Kampf führt, auf

das Urteil des Auslandes umso eindringlicher, je abstoßender das Verhalten der Sieger wird. Trotz aller Provokationen hat die Besonnenheit und Disziplin der Ruhr- und Rheinbevölkerung bisher den Feinden nicht den willkommenen Anlaß gegeben, das Weußerste an Schrecken und Gewalt über das deutsche Land loszulassen. Man muß hoffen, daß dieses Weußerste und erparat bleiben wird, aber man ist an Ruhr und Rhein wie im Reiche beredt und geküßt. In der Weußer und der Verteidigung auch den äußersten Einsatz nicht zu scheuen.

Will Amerika vermitteln?

Eine Rede des englischen Botschafters Harvey in New York. Der englische Botschafter Harvey gab am Sonnabend im Klub der Londoner Presse in New York Erklärungen ab, die in den Vereinigten Staaten großes Aufsehen erregt haben. Aus diesen Erklärungen geht hervor, daß Präsident Harding eine Vermittlung in Europa vorbereitet, die augenblicklich noch zwischen der englischen und amerikanischen Regierung besprochen wird. Der Vermittlungsplan enthält Vorschläge zur Bildung einer internationalen Finanzkommission, die die Frage prüfen soll, bis zu welchem Grade Deutschland tatsächlich fähig ist, zu zahlen. Gleichzeitig soll die sofortige Räumung des Ruhrgebiets durch Frankreich durchgeführt werden. Andererseits soll Deutschland sich unbedingt verpflichten, die Kontrolle der Internationalen Finanzkommission anzunehmen. Die amerikanische Regierung ist gewillt, einen Druck auf beide Länder auszuüben, wobei es als selbstverständlich bezeichnet wird, daß weder die Vereinigten Staaten noch England jemals Frankreich erlauben werden, aus dem Rheinlande einen unabhängigen Staat zu machen. Es wird von gut unterrichteten Kreisen hinzugefügt, daß die Vorschläge Hardings von Bonar Law warm unterstützt werden. Die offizielle Ankündigung des amerikanischen Planes wird in den nächsten 14 Tagen erwartet.

Paris dementiert. Im Echo de Paris erklärt Marcel Gutin, er sei ermächtigt zu erklären, daß alle in den letzten Tagen ausgestreuten Nachrichten über eine angebliche Vermittlung der englischen, amerikanischen oder holländischen Regierung in allen Punkten erfunden seien. Eine der Regierung nahestehende Persönlichkeit, mit der sich Gutin über die Lage unterhalten hat, habe erklärt, die deutsche Regierung zeige sich bis zum gegenwärtigen Augenblick in Unverständnis der wirklichen Interessen Deutschlands noch unannahmlich, die französische Regierung werde ebenso unannahmlich sein. Es werde ein Augenblick kommen, an dem das Reich und die Magnaten nachgeben würden und dann würde Frankreich endgültig auf seine Rechnung kommen. Bis dahin werde es die Pfänder beibehalten, die es jetzt in der Ruhr in der Hand habe.

Amerika und der Völkerbund.

Präsident Harding hat an den amerikanischen Senat eine Botschaft gerichtet, in der er vorschlägt, daß die Vereinigten Staaten in das Internationale Schlichtungsgericht des Völkerbundes eintreten sollen. Diese Botschaft hat in Kongresskreisen Aberrant, obwohl man zugibt, daß sie den Eintritt der Vereinigten Staaten in den Völkerbund nicht unbedingt noch sich ziehen wird. Vielmehr scheint es, als ob dieser Vorschlag Hardings während der augenblicklichen Session die Billigung des Senats nicht finden wird. Die Unversöhnlichen haben eine längere stürmische Debatte im Senat angekündigt, die voraussichtlich das ganze Problem der Stellung der Vereinigten Staaten zum Völkerbund wieder aufrollen wird. Viele demokratische Senatoren erklären, den Vorschlag Hardings unterstützen zu wollen. Das Senatskomitee für auswärtige Angelegenheiten soll am Dienstag zusammentreten, um den Plan zu prüfen.

Der Lügenfeldzug gegen Deutschland.

Der Verband Sächsischer Industrieller ist wiederholt in der Presse, bei der Reichsregierung und den bekannten Auslandsorganen, dafür eingetreten, daß das Ausland über die Leistungen Deutschlands nach Beendigung des Krieges eingehend aufgeklärt wird, damit die heute dem Wirtschaftsverkehr im Wege stehenden Vorstellungen über die deutsche Schuld oder über die Nichterfüllung gewisser Friedensvertragsbestimmungen beseitigt werden. Es ist hinzugeben, daß nach der vorangegangenen Verheerung der deutschen Wirtschaft und des Deutschland im Ausland diese Aufklärungsarbeit mit großen Schwierigkeiten zu rechnen hat. Andererseits darf aber auch die größte Hartnäckigkeit ausländischer Hauptmächte nicht davor zurückzuführen, daß endlich die Welt wieder ein objektives Bild über die internationale Lage erhält. Auf Grund der wiederholt durch den Verband Sächsischer Industrieller vermittelten Schreiben exportierender Firmen ist immer wieder darauf hingewiesen worden, wie es gerade die französische Regierung bestrebt, die tatsächlichen Leistungen Deutschlands nicht nur

zu leugnen, sondern ihre Bevölkerung in den Glauben zu versetzen, als trage Deutschland die alleinige Schuld am Kriege, als habe Deutschland diesen Krieg in der verbrecherischsten Weise geführt und endlich als suche Deutschland sich den Verpflichtungen aus dem Friedensverträge zu entziehen.

Der Verband Sächsischer Industrieller stellt uns ein Schreiben zur Verfügung, das eine angesehenere Firma der Eisenindustrie von einer großen und angesehenen Aktiengesellschaft der Metallindustrie mit dem Sitz in Paris und Marseille erhalten hat. Diese französische Firma schreibt:

„Wir sind erstaunt, feststellen zu müssen, daß eine angesehenere deutsche Firma glauben kann, daß die französische Regierung gegen Deutschland in einer Weise handelt, die gegen den Vertrag geht und daß diese selbst nicht beachtet, daß Frankreich bisher nicht das allergeringste für Reparationen von Deutschland erhalten hat. Wir Franzosen sind überzeugt, daß Deutschland sich entschieden gewelgert hat, seine Verpflichtungen zu erfüllen und auch jetzt nur alles Mögliche tut, um die Erfüllung zu vermeiden. Wir können daher die Handlungsweise unserer Regierung nur billigen, welche angesichts des fehlenden guten Willens der Schuldner sich entschlossen hat, greifbare Pfänder an sich zu nehmen.“

Es ist aus diesem Schreiben einer führenden französischen Firma die völlige Unkenntnis nicht nur der Vertragsbestimmungen, sondern auch der bisherigen deutschen Leistungen zu ersehen, also einer Firma, die durchsicht nicht zur urteilslosen Menge gehört. Derartige Behauptungen sind bezeichnend für die wirkliche Meinung der französischen Bevölkerung und für die eigentlichen Triebkräfte, die hinter der Politik der französischen Regierung stehen.

In einem anderen Falle äußert sich eine belgische Firma im Zusammenhang mit einer Ueberweisung über die Reparationen und den Friedensvertrag von Versailles. Sie hält diesen Vertrag für ungerecht, weil er die deutsche Niedertracht nicht genügend bestrafe. Diese Niedertracht versuche trotz der zu großen Milde des Vertrages immer noch ihn nicht zu halten, indem sie mit allen Mitteln auf den betrügerischen Bankrott Deutschlands hinarbeite. Auch diese Behauptung ist ein Niederschlag der völligen Anorientsiertheit unserer westlichen Gegner und zeigt, wie notwendig es ist, mit allen Mitteln, d. h. auch im Wege der persönlichen Korrespondenz oder durch Verlegung auffällender Schriften durch exportierende Firmen dahin zu wirken, daß der Wahrheit auch im Ausland endlich Eingang verschafft wird.

Das Machtbedürfnis der französischen Schwerindustrie.

Erklärungen des Reichshöhlenkommissars
an einen italienischen Pressevertreter.

Reichshöhlenkommissar Dr. Stuy erklärte über die Gründe, die Frankreich zur Ruhrbesetzung getrieben haben, dem Berliner Vertreter des Corriere d'Italia u. a. Der wahre Grund ist nach meiner Ueberzeugung das Machtbedürfnis der französischen Schwerindustrie, die zu der durch den Friedensvertrag gewonnenen luxemburgischen und lothringischen Grobeisenindustrie auch den zugehörigen Koks besitzen will. Dieser Bedarf ist zwar durch den Friedensvertrag bis 1930 sichergestellt. Man fürchtet aber für die weitere Zukunft und möchte daher die jetzige Zeit benutzen, um sich über 1930 hinaus zu sichern. Ich weiß aber genau, daß von der deutschen Schwerindustrie ein vernünftiges Zusammengehen mit der luxemburgisch-lothringischen Eisenindustrie niemals abgelehnt wurde. Unsere deutschen Großunternehmer haben wiederholt erklärt, daß französische Erze und deutscher Koks wirtschaftlich zusammengehören und daß man zu Verhandlungen über eine wirtschaftliche Verständigung bereit sei, allerdings nur auf der Basis der Gleichberechtigung.

Das hat aber offenbar der französischen Industrie nicht genügt. Sie wollte wie an der Saar mindestens 60 Prozent der deutschen Unternehmen besitzen und wollte nichts mit gleichberechtigten Vertragspartnern zu tun haben. Auf eine derartige Unterwerfung konnte sich die freie deutsche Industrie niemals einlassen. Darum trieb die französische Industrie die Politik ihres Landes zum militärischen Einbruch, um auf diese Weise die Unterwerfung der deutschen Arbeit zu erzwingen. Aber heute will die französische Regierung sich für die eigenen Hochöfen die Koksballen des Ruhrgebietes ein für allemal sichern und sich für kommende politische Umgruppierungen und europäische Verwicklungen von der Zufuhr aus dem Auslande unabhängig machen. Frankreich will sich für die nächste europäische Auseinandersetzung die notwendigen Vorräte für seine eigene Eisenindustrie sichern, indem es sich jetzt mit Gewalt in den Besitz des Kokes legt, den es für seine Eisenindustrie braucht.

als
Schreiben
faze
waren
de hin-
erker de-
us dem
zurück-
Bühnen-
hat ge-
schaft die
ussteller,
sig (vom
l. März)
der ruh-
der einen
gen und
vatermeter
gestaltet,
abstände
Regierung
ung an
daß die
anisation
t in den
adelsver-
Muster
l. Aus-
Qualität
er Menge
rhanden
den, die
apitalien
bligel ist
geführt
n. Eine
er Tüchel
hte diese
m falsch
m Gelde
h einem
der und
nen Aus-
on 100
it.
auptg: E.
Abend-
diest mit
ollekte für
mann.
S. Aus.
den
s
den
ellen und
Dilichem-
ilden Ge-
rd-
Seife
adabott
Parlän.
Nachf.
rt Simon.
h. Markt.
1923
1923
1923
1923
1923
durch:
tz,
ika-
haft.